TOP 3.3.1. “Musterverfahren”

Die Abteilungen des Bereiches Arbeitsrechtliche Beratung und Rechtsschutz haben eine Vereinbarung über bestimmte Rechtsthemen getroffen, in welchen schwerpunktmäßig gerichtliche Musterverfahren geführt werden sollen.

In diesen interessenpolitisch besonders wichtig erscheinenden Rechtsbereichen soll im Interesse der gesamten Arbeitnehmerschaft voller Rechtsschutz auch dann gewährt werden, wenn bei Vorliegen eines ausschließlich individuellen Interesses etwa wegen erheblicher Beweisschwierigkeiten nur eingeschränkter Rechtsschutz gewährt werden sollte. Die Zielrichtung liegt hier nicht nur auf einem Ob-siegen im Einzelprozess, sondern im Ausloten nicht ausjudizierter rechtlicher Argumente. Die Ergebnisse sollen nach angemessener Zeit ausgewertet und interessenpolitisch verwertet werden.

Die gerichtliche Vertretung der Mitglieder in Musterverfahren soll tunlichst durch die ReferentInnen der Abteilung Rechtsschutz erfolgen. Wenn dies nicht möglich ist, sollen besonders durchsetzungsstarke RechtsanwältInnen mit der Vertretung beauftragt werden.

Mit dem Mitglied wird von Anfang an vereinbart, dass die volle Rechtsschutzgewährung trotz erheblichem Prozessrisiko aus allgemein interessenpolitischen Erwägungen erfolgt und an die Bedingung geknüpft ist, dass das Mitglied die Verfahrensführung bis zur Urteilsfällung nach Kräften unterstützt. Vergleiche werden in solchen Verfahren möglichst nicht geschlossen, diesfalls kann dem Mitglied seitens der Kammer die Zusage gegeben werden, einen von der Gegenseite konkret angebotenen Vergleichsbetrag im Fall des Unterliegens im Gerichtsverfahren aus den Mitteln des bestehenden Garantiefonds zu bezahlen.

Bei den primär in Betracht kommenden Rechtsbereichen handelt es sich um

- die Bekämpfung rechtswidriger und unfairer Arbeitsvertragsklauseln: Konkurrenzklauseln, All-in-Klauseln, Konventionalstrafen, Ausbildungskosten-Rückersatz, Verfallsklauseln, Versetzungsklauseln,
- Arbeitszeitfragen,
- Bekämpfung prekärer Verträge,
- Lohndumping und Sozialbetrug,
- Probleme bei Krankenstand und Entgeltfortzahlung sowie
- Rechtsfragen bei Kündigungsanfechtungen.